



Lotto-Annahmestelle (in München)
Scheinheilige Tricks

GLÜCKSSPIEL

Jackpot für Therapeuten

Um private Konkurrenten auszuschalten, mussten sich die Lotto-gesellschaften zur Bekämpfung der Spielsucht verpflichten – die Kampagne ist so teuer wie absurd.

Bis vor kurzem hat das Zimmer direkt unterm Dach völlig ausgereicht. Zwei weiße Hängesessel am Fenster, ein kleiner Tisch, mehr brauchte Petra Hammer-Scheuerer von der Suchtberatung des Diakonischen Werks in Kassel nicht für die Behandlung ihrer Patienten. Jetzt aber sucht die Sozialpädagogin rasch neue Räumlichkeiten. Sie hat zwei zusätzliche Mitarbeiterinnen einstellen dürfen, die sich um eine neue Klientel kümmern sollen: Lotto-Süchtige. „Wir müssen die Bevölkerung für das Krankheitsbild sensibilisieren“, erklärt Hammer-Scheuerer.

Jahrelang haben Deutschlands Suchtberatungsstellen sparen müssen, doch nun gehen von ihnen plötzlich allerorten solche Jobwunder wie in Kassel aus. Denn die Bundesländer wollen plötzlich ein Phänomen bekämpfen, für das sie sich bislang kaum interessiert haben: die Spielsucht. Über elf Millionen Euro geben die Regierungen erstmals in diesem Jahr dafür aus. Und so werden nicht nur neue Mitarbeiter eingestellt, inzwischen warnen auch unzählige Flyer vor der neuen Gefahr, bieten Hotlines Hilfe an, laden Internet-Seiten Spieler zu Selbsttests.

Der Kampf gegen die angeblichen Gefahren durch Lotto und Sportwetten kommt als verantwortungsbewusste Wohltat des Staates daher – dabei ist er vor allem eine große Show. Es gebe, stellten die obersten Landesgesundheitsbehörden jüngst in einem internen Papier fest, nicht

einmal „verlässliche Angaben“ über die tatsächliche Zahl der Glücksspielsüchtigen: Schätzungen schwanken zwischen 100 000 und 260 000, aber behandeln ließen sich hierzulande 2006 nur 5200 Abhängige.

Die Entdeckung der Lotto-Gefahr verdankt die Republik denn auch weniger Medizinern als vielmehr den Juristen: Vor zwei Jahren nämlich musste das Bundesverfassungsgericht darüber entscheiden, ob privaten Sportwetten-Anbietern in Deutschland weiterhin das Geschäft verboten werden dürfe. Ein solches Verbot, urteilten die Richter, sei eigentlich nicht zulässig. Unter einer Bedingung aber könne ein Staatsmonopol erlaubt sein: wenn es konsequent auf die Bekämpfung der Spielsucht ausgerichtet sei. Wenn also die Dealer versprechen, die Junkies zu heilen.

Diese Sonderregelung nutzen die Ministerpräsidenten seither aus: Sie kassieren jährlich rund vier Milliarden Euro an Steuern und Abgaben von Spielcasinos und Lottogesellschaften, und der scheinheilige Trick hat die Pfründen gesichert – und die private Konkurrenz ausgebremst.

Die neue Strategie lässt ein gehöriges Maß Chuzpe erkennen: Die Menschen, argumentieren die Länder, hätten einen „natürlichen Spieltrieb“, und der lasse sich nicht unterdrücken. Das Bedürfnis müsse also in geordnete Bahnen gelenkt werden.

Ausgerechnet die Chefs der 16 Landeslottogesellschaften, die mit rund acht Milliarden Euro jährlich knapp ein Drittel des Glücksspielumsatzes in Deutschland erwirtschaften, gebärden sich seitdem als Suchtkontrolleure: Sie dürfen zwar weiter für ihre Lotterien werben, und auch die Ziehung der Lottozahlen wird zur besten Sendezeit im Fernsehen übertragen. Nur heißt die Werbung jetzt „Information“.

Geradezu absurd ist die Lage in Sachsen-Anhalt: Das Land will dort 200 000 Euro zur Bekämpfung der Spielsucht ausgeben – und zugleich eine Million Euro in die von der Pleite bedrohten Spielbanken investieren. Finanzminister Jens Bullerjahn plant sogar, mit neuen Konzessionen zusätzliche Zocker zu ködern.

Die laut Experten geringe Zahl von Lotto-Süchtigen mag die Offensive der Länder nicht hemmen: „Wir müssen vor allem den Gerichten beweisen, wie ernst wir den Kampf gegen die Spielsucht führen“, sagt ein leitender Ministerialbeamter über die wahre Motivation. Denn so ganz leicht lässt sich die Justiz nicht veräppeln: Ende April etwa untersagte das Oberlandesgericht München knallige Jackpot-Werbung. Begründung: Die Suchtwarnung auf den Plakaten sei nicht ebenso groß wie die Millionen-summe, die Spieler locken sollte.

Bereits seit März wird der Kampf gegen die Sucht in Niedersachsen geführt: Zwei Dutzend „Präventionsfachkräfte“ sind dort unterwegs, um etwa in Sportvereinen und Volkshochschulen vor den Gefahren durch Tippscheine und Rubbellose zu warnen. 3,2 Millionen Euro lässt sich das Land die vierjährige Kampagne kosten.

Baden-Württemberg hat zwei Millionen Euro pro Jahr bewilligt, um Zocker zu therapieren – tatsächlich aber werden wohl bestehende Strukturen ausgebaut: Jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt soll bald einen kommunalen Suchtbeauftragten erhalten, zudem wird die Einstellung 30 weiterer Therapeuten gefördert. Sollten – wenig überraschend – kaum Spielsüchtige vorstellig werden, können die Neuen einfach den reichlich vorhandenen Drogen- oder Alkoholsüchtigen helfen.

Nicht gekleckert haben die Länder zudem beim Aufbau einer Geschäftsstelle, deren sechs Mitarbeiter von Wiesbaden aus das Treiben bundesweit koordinieren sollen. Kosten: 750 000 Euro im Jahr.

Den Jackpot beim Spielsucht-Spiel hat freilich die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung abgeräumt: 1,7 Millionen Euro zahlen die Lottogesellschaften allein ihr. Dafür gibt es eine Art Rundum-sorglos-Paket, mit dem die Lotto-Chefs misstrauische Richter notfalls beruhigen könnten: „Von einer Spielsucht-Anzeigenkampagne bis zum Hörfunkspot bieten wir alles“, so Direktorin Elisabeth Pott. Und über den Lottoschein, glaubt die Professorin, könne man auch die Hardcore-Daddler aus den Spielhallen erreichen, schließlich würden die häufig nebenbei tippen – gerade so, als ob Suchtwarnungen auf Wasserflaschen Trinkern helfen könnten.

Wie viel Heuchelei im Anti-Sucht-Feldzug steckt, zeigen die jüngsten Lotto-Pläne: Im Mai besuchten zwei Lotto-Manager den Fachbeirat Glücksspielsucht, ein kürzlich von den Ländern eingerichtetes Expertengremium. Sie wollten die Chancen für eine neue staatliche Super-Lotterie in Europa ausloten. Die Idee: Tipper sollen sich in neun Staaten an einem gemeinsamen Spiel beteiligen können. Als Jackpot stehen über 100 Millionen Euro im Raum.

MICHAEL FRÖHLINGSDORF, NICOLE SEROCKA